

Erfolg in Mali, Großbaustelle daheim

Niedrige Sympathiewerte wegen Nullwachstum und Arbeitslosigkeit

Gerd Niewerth*

» Zehntausende Menschen schwenken erleichtert die Trikolore und rufen voller Begeisterung „Vive la France, vive Hollande!“. Bewegende Eindrücke, die auch den französischen Präsidenten euphorisch werden lassen. Er sagt: „Ich erlebe den wichtigsten Tag meines politischen Lebens.“ Es ist allerdings nicht sein eigenes Volk, das ihn frenetisch hochleben lässt, sondern das malische.

La France en crise

Alors qu'il a été accueilli en Afrique par une population malienne enthousiaste, le président François Hollande reste au plus bas dans les sondages en France : les chiffres du chômage (avec 3,36 millions de personnes sans travail) sont en augmentation de 10 % par rapport à l'année précédente, de plus en plus d'entreprises annoncent des licenciements massifs, le déficit de la balance commerciale est énorme, des personnalités quittent le pays pour échapper au fisc – Paris promet cependant un équilibre du budget pour 2017 au plus tard. Réd.

Nachdem französische Truppen wichtige Orte wie die Weltkulturerbe-Stadt Timbuktu zurückerobert und die islamistischen Rebellen zurückgeschlagen haben, wird François Hollande am 2. Februar 2013 bei seinem ersten Besuch seit Kriegsausbruch als Befreier Malis gefeiert. Und als „Papa Hollande“, der Beschützer.

Kaum war der Präsident, der als Staatschef auch Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, vom Blitzbesuch bei der siegreich kämpfenden Truppe ins winterlich-kalte Paris zurückgekehrt, hatte ihn auch die Tristesse des politischen Alltags wieder. Denn trotz des Erfolgs in Sahel und Sahara hat sich seine Popularität daheim nur geringfügig verbessert. Mit großem Eifer und unter hohem

Erwartungsdruck war der „*président normal*“ nach dem Wahlsieg im Mai ans Werk gegangen. Doch ehe er sich versah, schossen seine Umfragewerte binnen kürzester Zeit in den Keller.

Der Aufbruch zu Wachstum und sozialer Gerechtigkeit, den sich nicht nur seine Wähler nach den bleiern Jahren unter Jacques Chirac und der gesellschaftlichen Spaltung unter Nicolas Sarkozy erhofft hatten, hat bisher schlichtweg nicht stattgefunden. Im Gegenteil: Die Arbeitslosigkeit, ohnehin schon auf Rekordniveau, stieg bis Jahresende abermals auf dramatische Weise an – auf nunmehr 3,36 Millionen Erwerbslose. Das entspricht einer Zunahme von 10 % im Laufe von nur zwölf Monaten – ebenfalls ein trauriger Rekord.

Die Freude im sozialistischen Lager über den triumphalen Wahlsieg 2012, der ihnen zusätzlich zur Senatsmehrheit die Macht im Elysée-Palast und die absolute Mehrheit in der *Assemblée Nationale* bescherte, sollte angesichts der Hiobsbotschaften vom Arbeitsmarkt nicht lange währen. Zum Entsetzen der automobilbegeisterten Nation kündigte der angeschlagene Autobauer PSA-*Peugeot-Citroën* Mitte Juli an, 8 000 Arbeitsplätze abbauen und das Traditionswerk in Aulnay-sous-Bois bei Paris mit allein 3 000 Mitarbeitern schließen zu wollen. Vor Weihnachten fügten die PSA-Bosse der Streichliste weitere 1 500 Jobs hinzu.

Frankreichs Automobilindustrie, einst auf Rang 4 in der Welt, ist inzwischen auf Platz 10 abge-

* Gerd Niewerth ist Korrespondent der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* (WAZ) in Paris.

rutscht. Tendenz fallend. Weil PSA Wachstumsmärkte wie in China auf sträfliche Weise hat links liegen lassen und sich lieber auf den europäischen Markt konzentrierte, wird der Konzern von der Schuldenkrise in Südeuropa nun umso härter getroffen. *Renault*, auf dem internationalen Markt zwar weitaus besser aufgestellt als *Peugeot-Citroën*, trifft die Absatzkrise in Südeuropa nun ebenfalls mit voller Wucht: Das Unternehmen gab im Januar bekannt, bis 2016 rund 7 500 Stellen und damit 14 % der Belegschaft abbauen zu wollen.

Im Fall *Peugeot-Citroën* warf sich der nassforische Industrieminister Arnaud Montebourg noch mit vollem Elan schützend vor die zitternde Belegschaft. So zitierte er Thierry Peugeot in herrischer Manier in sein Ministerium, für den Firmenerben ein Akt der Demütigung. Am Ergebnis änderte sich gleichwohl wenig: Peugeot wies den Vorwurf des Ministers, die Hauptschuld an der Krise zu tragen, entschieden zurück.

Wie hilflos und bisweilen widersprüchlich die sozialistische Regierung auf die tiefgreifende Jobkrise reagiert, zeigt sich exemplarisch in der Causa Florange. In der lothringischen Stadt wollte der indische Stahl-Magnat Lakshmi Mittal, der in Frankreich an 150 Standorten 20 000 Menschen beschäftigt, zwei unrentable Hochöfen schließen und 630 Jobs streichen. Daraufhin kanzelte Montebourg ihn nicht nur als „Lügner“ ab, er erklärte den Inder gar zur „unerwünschten Person“ in Frankreich. Obendrein drohte er damit, die Öfen sowie das rentable Walzwerk zu verstaatlichen. Ein Affront für den Werksbesitzer und zugleich ein fatales Signal für jene, die in Frankreich investieren wollen. Und letzten Endes ein Schuss, der nach hinten losging: Denn Premierminister Jean-Marc Ayrault pfiß seinen arroganten Minister zurück, der aberwitzige Enteignungsplan landete im Papierkorb. Im Gegenzug versprach Mittal, keine Arbeitsplätze abzubauen, allerdings werden die Hochöfen auf absehbare Zeit nicht wieder angefahren.

Keine Trendwende in Sicht

Frankreich blickt auf wunderbare Erfolge nach dem Zweiten Weltkrieg zurück. Die „*Trente Glorieuses*“, die glorreichen dreißig Jahre nach 1945,

bescherten dem bis dahin stark agrarisch geprägten Land ein stürmisches Wachstum. Doch seit der Ära Mitterrand hat Frankreich fast zwei Millionen Industriearbeitsplätze verloren. Im Schnitt schrumpft die Industrie pro Jahr um 50 000 Stellen. Die zweitgrößte Volkswirtschaft Europas ist im Begriff, ihre industrielle Basis zu verlieren. Das Rekord-Außenhandelsdefizit von 70 Milliarden Euro unterstreicht, wie dramatisch die Wettbewerbsfähigkeit Frankreichs geschrumpft ist.

Was braucht Frankreich nun, um aus dem Tal der Tränen herauszukommen? Einen „*Elektroschock*“ zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit, sagt der frühere EADS-Vorstandsvorsitzende Louis Gallois, der im Sommer 2012 einen alarmierenden Bericht zur industriellen Lage der Nation vorlegte. Zu den angemahnten Reformmaßnahmen zählt Gallois vor allem Struktur-reformen und einen flexibleren Arbeitsmarkt.

Kaum im Amt setzte François Hollande daheim und in Brüssel demonstrativ auf Wachstum, auch um sich von der teutonischen Spardoktrin Angela Merkels abzuheben. Auf Wirtschaftswachstum ist der Präsident dringend angewiesen, damit er seinen ehrgeizigen Haushaltsplan 2013 verwirklichen kann. Die Regierung in Paris will 38 Milliarden Euro einsparen und die Staatsausgaben um 10 Milliarden senken, um die Bilanz der Frankreich AG mit den strengen Maastricht-Kriterien (Neuverschuldung maximal 3 %) in Einklang zu bringen. Bis spätestens 2017 will sie einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen können. Doch bislang geht Hollandes Rechnung nicht auf: Denn im dritten und vierten Quartal 2012 verzeichnete Frankreichs Wirtschaft ein enttäuschendes Nullwachstum. Eine Trendwende? Leider nicht in Sicht.

Flucht vor der „Reichensteuer“

Rotstiftpolitik auf der einen wird flankiert von Steuererhöhungen auf der anderen Seite. Zu den umstrittensten Projekten der Sozialisten zählt fraglos die „Reichensteuer“, die einen 75 %-Satz für jene vorsieht, die mehr als eine Million Euro im Jahr verdienen. Zum Beispiel für Spitzenverdiener wie den Schauspieler Gérard Depardieu (*Die letzte Metro, Der Graf von Monte Christo*).

Der Leinwandstar sorgte für einen Eklat, als er ankündigte, ins steuerlich günstigere Belgien umzuziehen, um sich so vor dem gierigen französischen Fiskus zu schützen. Anstatt ihren „Obelix“ als vaterlandslosen Gesellen zu verstoßen, erhoben die Franzosen ihn im Gegenteil zu einer Art Nationalheld. Eine große Mehrheit zeigte in Meinungsumfragen großes Verständnis für seinen gewagten Schritt hinter die Grenze. Erst recht, als der 64-jährige Schauspieler vorrechnete, dass er seit seinem 14. Lebensjahr arbeite und in dieser Zeit nicht weniger als 145 Millionen Euro Steuern bezahlt habe. Als Premierminister Ayrault sein Betragen als „ärmlich“ bezeichnete und Depardieu daraufhin in einem „offenen Brief“ („*Wer sind Sie, Monsieur Ayrault?*“) zurückschlug, weitete sich die Angelegenheit zu einer Staatsaffäre aus.

Zwar schlug die Stimmung um, als Depardieu nach der Steuerflucht auch noch von Staatschef Wladimir Putin die russische Staatsangehörigkeit annahm und die Schlagzeile „*Obelix wird Rasputin*“ provozierte. Doch das heikle Thema „Steuer-Exil“ bleibt auf der Tagesordnung. Denn offenbar rennen vermögende Franzosen jenen Notaren und Steuerberatern in Brüssel, Genf und Luxemburg die Türen ein, die sich darauf spezialisiert haben, ihnen zu helfen, eine neue Existenz jenseits der Grenze aufzubauen. Ein weiterer Prominenter, den es nach Belgien zieht, ist kein Geringerer als der Unternehmer Bernard Arnault, der über den Luxusgüterkonzern LVMH gebietet und mit einem Vermögen von 30 Milliarden Euro der reichste Franzose ist.

Anlass zu vorsichtigem Optimismus

Normalerweise wäre der Streit um die „Reichensteuer“ eine Steilvorlage für jede Opposition. Sie könnte erfolgreich darauf herumreiten, dass die gleichmacherischen Sozialisten ausgerechnet die fleißigsten und erfolgreichsten Franzosen bestrafen und außer Landes jagen würden. Doch die einstige Präsidentenpartei UMP ist nach der vermurksten Wahl eines neuen Vorsitzenden mit großer Leidenschaft dabei, sich selbst zu zerlegen, und somit nicht in der Lage, aus der Schwäche der Regierung Kapital zu schlagen. So blieb es dem Verfassungsrat vorbehalten, die „Reichensteuer“

für gesetzeswidrig zu erklären und dem Präsidenten eine schallende Ohrfeige zu verpassen. Die Regierung will nun alles daransetzen, das fehlerhafte Gesetzeswerk zu überarbeiten und in einem zweiten Anlauf zu realisieren. Selbst wenn ihr das gelänge, hielte sich der finanzielle Vorteil mit gut 300 zusätzlichen Steuermillionen eher in Grenzen. Der Imageschaden für den Standort Frankreich wäre weitaus größer.

Frankreich bleibt eine verwirrend unübersichtliche Großbaustelle, eine, an der schon die beiden Vorgänger Hollandes gescheitert sind. Der jüngste Kompromiss zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften zur Reform des streng reglementierten Arbeitsmarktes gibt allerdings Anlass zu vorsichtigem Optimismus. Die Einigung erleichtert in Krisenzeiten die Kurzarbeit und lockert den Kündigungsschutz. Französische Arbeitgeber führen die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit insbesondere auf die hohen Arbeits- und Lohnkosten zurück. Viele kluge Ratgeber legen Frankreich grundlegende Reformen der Sozialsysteme nach dem Vorbild der Schröderschen Agenda 2010 nahe. Doch diese würden die meisten Franzosen als genauso schmerzhaft empfinden wie eine Operation ohne Anästhesie. Dennoch lobte Hollande den Arbeitsmarkt-Kompromiss als einen „*Erfolg des sozialen Dialogs*“.

Schäubles Vertrauen

Die Sorge, Frankreich könne insbesondere gegenüber Deutschland weiter wirtschaftlich zurückfallen und gar zum kranken Mann Europas werden, ist groß. Noch schlimmer wäre es, wenn François Hollande weiterhin damit kokettierte, ins Lager der schwächelnden Südländer überwechseln und einen Gegenpol zu Angela Merkel bilden zu wollen. Wie sehr Berlin auf einen starken und zuverlässigen Partner in Paris angewiesen ist, insbesondere um den Euro zu stabilisieren und das europäische Einigungswerk voranzutreiben, zeigt eine Äußerung von Finanzminister Wolfgang Schäuble. In einem *Le Monde*-Interview sagte der wohl frankophilste Minister im Bundeskabinett: „*Ich habe großes Vertrauen in Frankreich. Frankreich ist ein starkes Land, das seine Probleme lösen wird.*“